

3,90 €

# Wer sich von der politischen Teilhabe verabschiedet

**Erstellt von Ernestine Depner-Berger und Stefan Wally**

In der Reihe S:Z:D Arbeitspapiere  
der Robert-Jungk-Stiftung

Die Autoren: Mag. Ernestine Depner-Berger hat Betriebswirtschaft studiert und ist Geschäftsführerin und Gesellschafterin des Instituts für Grundlagenforschung in Salzburg. Das IGF betreibt seit Jahrzehnten Wahlforschung. Mag. MAS Stefan Wally ist Politikwissenschaftler, unterrichtet an verschiedenen Universitäten und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Stiftung.

Die S:Z:D Arbeitspapiere werden von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen JBZ (Leiter: Dr. Walter Spielmann) in Partnerschaft mit den Salzburger:Zukunfts:Dialogen herausgegeben. Ansprechpartner für das Projekt ist Mag. Stefan Wally MAS. Die Inhalte der Arbeitspapiere geben nicht notwendigerweise die Meinung der Robert-Jungk-Bibliothek oder der Salzburger:Zukunfts:Dialoge wieder, sie sollen Diskussionen anregen.

Salzburg: JBZ-Verlag, 2012. ISBN 978-3-902876-13-3

Bisher erschienen:

Nr. 1/David Röthler/Government 2.0

Nr. 2/Minas Dimitriou/Sport zwischen Inklusion und Exklusion

Nr. 3/Nimet Ünal/Migration und schulischer Erfolg

Nr. 4/Georg Gruber/Zukunftsvorstellungen junger AsylwerberInnen

Nr. 5/Achim Eberspächer/Jungk: Zukunftsforscher u. Führungszeichen

Nr. 6/Silvia Augeneder/Kommerzialisierung menschlicher Körperteile

Nr. 7/Bärbel Maureder/Der Salzburger IT Arbeitsmarkt

Nr. 8/Barbara Eder/Freiwilligentätigkeit in Österreich

Nr. 9/Silvia Augeneder et al/Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen

Nr. 10/Reinhard Hofbauer/Lebensqualität als alternative Zielformel

Nr. 11/Sandra Filzmoser/Wohlbefinden und Engagement

Nr. 12/Edgar Göll/Governance-Modelle der Zukunft

Nr. 13/Martin Reindl/ Die Patientenverfügung

Nr. 14/Iwan Pasuchin/Mediengestaltung als demokratische Erfahrung

Nr. 15/ Katharina Gammer/Robert Jungk, die frühen Jahre

Nr. 16/ Andreas Pfützner /Robert Jungks Leben in Salzburg

Nr. 17/ Luisa Picher / Robert Jungk und die Anti-Atomkraft-Bewegung

Nr. 18/ Christian Schwendinger / Zukunftswerkstätten

Nr. 19/ Michael Vereno u. Blake Giragos / Rezeption Robert Jungks in den USA

[www.arbeitspapiere.org](http://www.arbeitspapiere.org)

[www.jungk-bibliothek.at](http://www.jungk-bibliothek.at)

[www.salzburg.gv.at/szd](http://www.salzburg.gv.at/szd)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>1. Politische Partizipation</b>	<b>5</b>
<b>2. Politische Beteiligung in Salzburg</b>	<b>11</b>
2.1 <i>Institutionelle Beteiligung</i>	11
2.2 <i>Nicht-institutionelle Partizipation</i>	15
<b>3. Wer beteiligt sich in Salzburg?</b>	<b>18</b>
3.1 <i>Die Beteiligung am politischen System nimmt überdurchschnittlich in größeren Gemeinden bzw. Städten ab.</i>	19
3.2 <i>Die Beteiligung am politischen System nimmt überdurchschnittlich in Wohngebieten ab, die ökonomisch schwächer sind.</i>	25
3.3 <i>Die Beteiligung am politischen System nimmt überdurchschnittlich bei jungen Menschen ab.</i>	31
3.4 <i>Das Unterzeichnen von Volksbegehren zeigt keine vergleichbaren geographischen Divergenzen</i>	38
<b>4. Schlussfolgerungen</b>	<b>41</b>
<b>Literatur</b>	<b>45</b>

## Einleitung

Das Ziel dieses JBZ-Arbeitspapiers ist es, Evidenz zu sammeln, welche gesellschaftlichen Gruppen sich am politischen Prozess im Bundesland Salzburg nicht mehr beteiligen und wie sich das Ausmaß der Beteiligung verändert.

Zu diesem Zweck wird in einem ersten Kapitel der Begriff der politischen Beteiligung geklärt. In der wissenschaftlichen Literatur wird dabei von "Partizipation" gesprochen. In den vergangenen knapp 60 Jahren hat es dazu umfangreiche Publikationen gegeben, wodurch eine klare Bestimmung des Begriffs und der Formen der politischen Partizipation möglich ist.

In einem zweiten Schritt wird für das Land Salzburg anhand der vorliegenden Daten überprüft, in welchem Ausmaß welche Formen der politischen Partizipation wahrgenommen werden und wurden.

Erstmals für Salzburg versuchen wir im dritten Kapitel auszuwerten, welche gesellschaftlichen Gruppen sich besonders stark von der politischen Partizipation abwenden oder, falls keine Zeitreihen vorliegen, welche einen besonders niedrigen Grad der Beteiligung am politischen Prozess aufweisen.

Dazu werden wir vor allem die Wahlbeteiligung anhand von einigen Analyseschritten heranziehen, andererseits Daten der Salzburger Milieuforschung verwenden und schließlich Erhebungen über die Nähe zum politischen System nützen.

Dank für Inputs gebührt unter anderen Walter Spielmann, Robert Buggler, Peter Kurz und Andreas Greß.

## 1. Politische Partizipation

Man kann sich Fragen der politischen Partizipation mit unterschiedlichen Grundhaltungen nähern. Politische Partizipation im normativen Verständnis ist ein Ziel und Wert an sich. Politische Partizipation dient der Selbstbestimmung und der Selbstverwirklichung des Menschen. Man kann politische Partizipation auch ganz anders verstehen. Sie kann auf eine Methode und ein Mittel zum Zweck reduziert werden. Sie dient dann zur Regulierung gesellschaftlicher Konflikte durch Repräsentation und Delegation von Entscheidungskompetenz an Eliten. (Hoecker 2006, S. 11) Wir beziehen in diesem Papier insofern Stellung, als wir uns dafür interessieren, welche Gruppen und in welchem Ausmaß dem politischen System den Rücken kehren. Ein normatives Verständnis würde diese Abkehr grundsätzlich kritisch sehen, ein instrumentelles Verständnis aber zu erklären trachten, wie diese Abkehr die Kräfte in der Gesellschaft verschiebt, womit der repräsentative Charakter der demokratisch legitimierten Institutionen verloren ginge.

Die systematische Erforschung politischer Partizipation hat einen wichtigen Ausgangspunkt in der Arbeit von Lester Milbrath (Milbrath 1971). Der amerikanische Politikwissenschaftler untersuchte 1965 die Beteiligung bei Wahlen und in politischen Parteien in den USA. Er sprach von einer Hierarchie der politischen Beteiligung, die vom Zuhören bei politischen Botschaften über Wählen bis zur Übernahme politischer Ämter reicht. (Milbrath 1971, S. 18) Diese Beschränkung auf formale Beteiligungsformen wurde in den folgenden Jahren in der anschließenden Forschung aufgebrochen. Sydney Verba u. a. erweiterten die Bestimmung der politischen Partizipation auch auf Gemeindeaktivitäten und auf individuelle Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern. (Verba/Nie/Kim 1978, S. 55). Die Erfahrungen mit den Studierendenprotesten Ende der 60er-Jahre hatten eine weitere Ausdehnung des Begriffs der politischen Partizipation zur Folge. Sit-Ins, Demonstrationen, aber auch politische Gewalt wurden nun als Manifestationen der politischen Beteiligung eingestuft. Die Studie von Samuel Barnes (Barnes/Kaase 1979) über politischen Aktionismus verglich dabei eine Reihe von Staaten.

In der jüngeren Beschäftigung mit dem Begriff der Partizipation wird damit gerungen, die Beteiligungsformen zu kategorisieren. Häufig verwendete Unterscheidungen sind direkt bzw. indirekt; legal bzw. illegal und institutionell bzw. nicht-institutionell. Institutionelle Beteiligung am politischen Geschehen wären De-

monstrationen, indirekte Partizipation meint Einfluss darauf zu nehmen, durch wen man im politischen Prozess vertreten wird (z. B. Wahlbeteiligung). Legale Formen der Beteiligung sind aktive und passive Wahlbeteiligung, illegale Formen sind politische Gewalt oder etwa Bestechung von Entscheidungsträgern. Institutionelle Beteiligung bezieht sich auf rechtlich verankerte Wege und Verfahren, nicht-institutionelle Formen sind Bürgerinitiativen oder das Sammeln von Unterschriften.

Es besteht in der Politikwissenschaft kein Konsens, wie diese Gegensatzpaare (und es gibt weitere) aufeinander bezogen werden können. Verba entschied sich 1995 dazu, darauf zu verzichten, die Kategorien eindimensional darzustellen (Verba 1995). Auch in den deutschsprachigen Forschung wird heute vor allem mit Taxonomien gearbeitet (Hoecker 2006, S. 11). In dieser Arbeit greifen wir das Gegensatzpaar Institutionell – Nicht-Institutionell auf, das uns am nützlichsten erscheint und gleichzeitig in der Literatur gut verankert ist.

Die politische Partizipation kann nicht nur nach ihrer Art unterschieden werden. Wichtig für den weiteren Verlauf unseres Arguments wird die Unterscheidung der politischen Beteiligung nach Ebene sein. Politische Beteiligung findet in der Gemeinde, im Land, im Staat und in der Europäischen Union stark formalisiert, auf darüber hinaus und in globalem Kontext indes wenig formalisiert statt.

Als Definition politischer Partizipation hat Verba 1995, nach knapp dreißig Jahren der wissenschaftlichen Debatte, vorgeschlagen: "By political participation we refer simply to activity that has the intent or effect of influencing government action – either directly by affecting the making or implementation of public policy or indirectly by influencing the selection of people who make those policies." (Verba 1995, S. 3)

Methodisch ist die politische Beteiligung vor allem bei Wahlen gut zu erfassen, da hier Daten vorliegen, mit denen gearbeitet werden kann. Das erklärt auch, warum die Partizipationsforschung vor allem auf die institutionelle Beteiligung fokussiert ist: Hier ist es mit überschaubaren Kosten möglich, Daten zu erlangen und Aussagen zu treffen. Bei nicht-institutionellen Formen der Beteiligung ist man auf Repräsentativbefragungen angewiesen. Weitere Möglichkeiten in diesem Bereich sind Medienauswertungen und qualitative Formen der Erhebung.

Ein Strang der Partizipationsforschung, der hier wichtig ist, hat sich mit den Ursachen für das Ausmaß der politischen Beteiligung beschäftigt.

Schon Verba und Nie haben 1978 gezeigt, dass das Ausmaß der verfügbaren individuellen sozioökonomischen Ressourcen die Beteiligung positiv beeinflusst (Verba/Nie 1978). Zu diesen Ressourcen gehören Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht und andere dem Einzelnen zuzuordnende Eigenschaften (Kaase 1981, S. 368f). Im deutschsprachigen Raum bestätigte Buse diesen Zusammenhang (Buse 1975, S. 47f.). Dies wurde auch mit dem Begriff der "sozialen Exklusion" beschrieben. Wer wenig Zugang zu Bildung und Einkommen hat, wird eher zum Nichtwähler als Bessergestellte. "Diese Befunde bedeuten, dass jener Teil der Gesellschaft, bei dem die Interessenartikulation aufgrund von individuellen und gesellschaftlichen Problemlagen möglicherweise wichtiger ist als bei der Gruppe der Akademiker und der Oberschicht im Allgemeinen, Wahlen nur eingeschränkt dazu nutzt, um seine politischen Präferenzen kundzutun." (Merkel/Petring 2011, S. 12) In der jüngeren Zeit wurden diese Ergebnisse durch Publikationen von Armin Schäfer und Petra Böhnke bestätigt. Böhnke bestätigte in ihrer Arbeit, dass "politische Beteiligung, zivilgesellschaftliches Engagement und politisches Interesse [...] ungleich verteilt [sind]. Ohnehin benachteiligte Menschen, die beispielsweise arbeitslos sind oder unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, partizipieren weniger und haben somit geringe Chancen, ihre Interessen zu vertreten. Dies ist seit langem bekannt. Gegenwärtig stellt sich die Frage, ob gesellschaftliche Entwicklungen zu benennen sind, die dieses Ungleichgewicht verstärken und welche Folgen dies für die Demokratie als Staatsform mit sich bringt." Schäfer konzentriert sich auf die Ungleichheit: "Wachsende Ungleichheit ist deshalb demokratierelevant, weil ein starker Zusammenhang sowohl zwischen den individuellen Ressourcen als auch zwischen der gesellschaftlichen Ungleichheit und der Bewertung der Demokratie besteht: Je ungleicher das Einkommen in einem Land verteilt ist, desto unzufriedener sind die Bürger mit der Funktionsweise der Demokratie und desto weniger vertrauen sie den politischen Institutionen." (Schäfer 2010, S. 152)

In jüngerer Zeit wird, vor allem inspiriert von den Thesen von Robert Putnam zum Sozialkapital, genauer untersucht, inwieweit (unpolitisches) Engagement in der Gemeinschaft die Voraussetzung für erfolgreiche Gesellschaften ist. Putnam meint, dass dem so sei. (Putnam 2000). Ähnliches hat beispielsweise Jan van Deth

für Deutschland untersucht und bestätigt gefunden: "Eine enge Verknüpfung zwischen sozialer und politischer Beteiligung wird allgemein als eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren moderner Demokratien gesehen. Die hier präsentierten Ergebnisse für die Situation in Ost- und Westdeutschland bestätigten diese Aussage im Großen und Ganzen. Auch wenn Einflüsse sozialstruktureller und – kultureller Faktoren neutralisiert werden, sind klare positive Zusammenhänge zwischen sozialer und politischer Partizipation empirisch nachweisbar." (van Deth, S. 216)

Eine dritte individualpsychologische These wurde von Mark Franklin 2011 in Bezug auf die Wahlen zum Europäischen Parlament formuliert. Franklin untersuchte die schwache Wahlbeteiligung und suchte durch statistische Modelle die Dynamik des Rückgangs der Wahlbeteiligung zu erklären. Er kam zu dem Ergebnis, dass die Gewohnheit, sich an Wahlen zu beteiligen, einen massiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Wachsen Generationen auf, die Wahlen nicht als Verpflichtung sehen und der Auffassung sind, dass die Nicht-Teilnahme an Wahlen vertretbar sei, so senke dies die Wahlbeteiligung strukturell. Franklin geht sogar so weit, dass die Erfahrung des Nicht-Wählens bei EU-Wahlen negative Effekte auf die Selbstverpflichtung zur Wahlbeteiligung bei anderen Wahlen hat (Franklin 2011). In diese Kategorie gehören auch die Ansätze, die die Wahlbeteiligung mit einer Verpflichtungsempfinden gegenüber der Gesellschaft oder einer Partei verbinden. Noch 2012 kann nachgewiesen werden, dass Personen mit Parteibindung deutlich eher zur Wahl gehen als Personen ohne eine solche (Neu 2012, S. 34).

Karen Remmer (Remmer 2009) differenzierte kürzlich zwischen kommunalen Wahlen und nationalen Wahlen. In einer empirischen Untersuchung stieß sie auf das Phänomen, dass je nach Ebene der Entscheidung, unterschiedliche Gruppen teilnahmen. Sie nutzt sozialpsychologische und Rational-Choice-Ansätze und geht davon aus, dass die Beteiligung von den Ressourcen des Einzelnen und dessen Nutzenkalkulationen abhängen. Was bringt es mir, zur Wahl zu gehen? Das Ergebnis ist, dass bei nationalen Wahlen die Aggregatdatenauswertung ergibt, dass vor allem die höher gebildeten und wohlhabenderen teilnahmen. Bei kommunalen Wahlen in kleinen bis mittleren Orten hingegen konnte dies nicht festgestellt werden. Remmer geht davon aus, dass lokale persönliche Netzwerke in kleinen und mittleren Gemeinden stärker mobilisieren als politische Loyalität, Programmatik und Interessen auf nationaler Ebene. "Hence, turnout may be shaped less



by personal resources, competitiveness, or the probability of casting a decisive vote than by the probability of reaping other kinds of rewards – rewards whose importance rises with poverty and economic insecurity." (Remmer 2009, S. 295)

In der Literatur werden weiters eine Vielzahl von Faktoren – vor allem anhand der Wahlbeteiligung diskutiert. Wahlpflicht hat eine positive Auswirkung auf das Wahlverhalten, die Auswirkungen des Wochentages der Wahl, des Charakters des Parlaments (eine oder mehr Kammern), des Wahlrechts (Verhältniswahlrecht oder Mehrheitswahlrecht), Verankerung der Parteien und der Zuspitzung der Wahl sind ebenfalls Gegenstand der Untersuchungen.

Einigkeit besteht in der Literatur, dass die "Nichtwähler" nicht eine eigene Partei darstellen, sondern eine Summe von Motiven haben. Nichtsdestotrotz kann man stärker und schwächer vertretene Gruppen unter den Nichtwählern finden (Neu 2012, S. 9).

Geklärt werden muss zu Beginn noch der Zusammenhang zwischen verschiedenen Fakten. Dies ist wichtig, weil die Datenlage für diese Arbeit nur durch Zusammentragen verschiedener Datensätze möglich wurde. Eine umfangreiche Erhebung für Salzburg war finanziell nicht möglich. Wir werden in diesem Papier über das Desinteresse am politischen System, die Nicht-Beteiligung an Wahlen, die Nicht-Beteiligung an anderen politischen Aktivitäten und die Ablehnung des politischen Statusquo reden. Dürfen wir diese Fakten aber zueinander in Bezug setzen?

Ein Auswertung von 55.819 Interviews aus 47 europäischen Staaten der European Values Survey (EVS 2011) klärt dies auf: Wir können von einem deutlichen Zusammenhang von politischem Interesse einerseits und der institutionellen aber auch der nicht-institutionellen Beteiligung (hier: Beteiligung an Unterschriftenaktion) ausgehen ( $r=0.237$  bzw  $0.238$ ). Das Vertrauen in politische Parteien korreliert leicht mit der Beteiligung an Wahlen ( $r=0,142$ ), stärker mit dem Interesse an Politik ( $r=0.225$ ), aber nur schwach mit der Bereitschaft zu nicht-institutioneller Partizipation ( $r=0,066$ ).

Bestätigt wird dies auch in der bereits zitierten Arbeit von van Deth. Darin weist dieser in einer logistischen Regression sowohl für Wahlbeteiligung als auch für die Teilnahme an anderen politischen Aktionen einen starken Zusammenhang auf

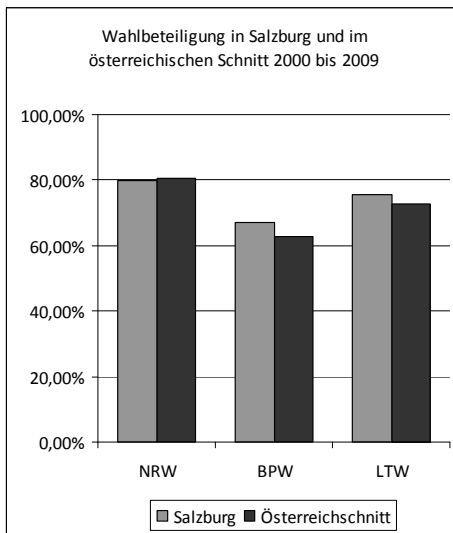
(van Deth 2001, S. 215). Wie auch in unseren Zahlen ist der Zusammenhang zwischen Desinteresse und Nichtbeteiligung größer als zwischen Ablehnung und Nichtbeteiligung. (Eilfort 1994) Wir werden aber sehen, dass die Befunde zur Stadt Salzburg uns zwingen, diesen Zusammenhang zu überdenken.

## 2. Politische Beteiligung in Salzburg

Um die politische Beteiligung in Salzburg zu bestimmen, werden in einem ersten Schritt die vorliegenden Daten zur institutionellen Beteiligung präsentiert. Dazu wird die Wahlbeteiligung in Salzburg herangezogen. Zur nicht-institutionellen Beteiligung werden Daten aus Befragungen und Medienauswertungen herangezogen.

### 2.1 Institutionelle Beteiligung

Bei Nationalratswahlen betrug die durchschnittliche Höhe der Wahlbeteiligung in Salzburg in den Jahren 2000 bis 2009 (n=3) 79,7 Prozent, bei den Wahlen des Bundespräsidenten 67,0 Prozent (n = 2). An den Landtagswahlen beteiligten sich durch Ausübung des Wahlrechts 75,9 Prozent (n=2) in Salzburg.



Vergleicht man diese Wahlbeteiligungen mit den entsprechenden Wahlgängen für ganz Österreich, so zeigt sich, dass die Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen geringfügig niedriger, bei den Präsidentschaftswahlen leicht höher und gegen-

über den Landtagswahlen in den anderen Bundesländern (n=18) ebenfalls leicht höher liegt. Insgesamt ist keine große Abweichung der Salzburger Wahlbeteiligung von der österreichischen Wahlbeteiligung zu erkennen.

Interessant ist die Entwicklung der Wahlbeteiligung über die vergangenen Jahrzehnte. In den Jahren 1970 bis 1979 betrug die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen in Salzburg 90,1 Prozent, in den 80ern lag sie bei 88,7, im folgenden Jahrzehnt bei 80,9 und in den Jahren 2000 bis 2009 bei 79,7 Prozent.

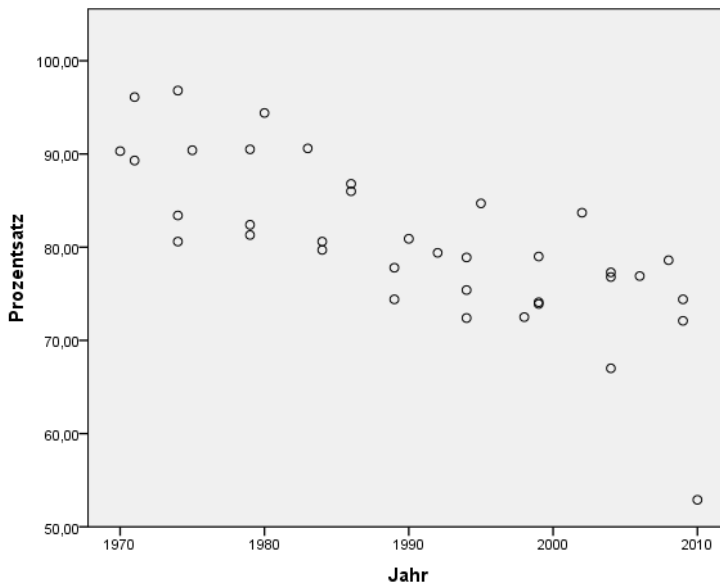
Bei Bundespräsidentenwahlen sank sie von 96,45 Prozent in den 70ern auf 67 Prozent bei der Wahl 2004 und 52,9 Prozent 2010.

78,18 Prozent der Salzburger nahmen im Durchschnitt seit 1945 an Wahlen zum Landtag teil. In den vier Jahrzehnten seit 1970 entwickelten sich auch diese Werte rückläufig (70er bis 00er): 82,9 Prozent, 79,2 Prozent, 74,75 Prozent, 75,85 Prozent.

76,4 Prozent betrug die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Gemeindevertretungswahlen in Salzburg. Auch hier zeigt sich ein rückläufiger Trend von 81,0 Prozent in den 70ern über 77,0 in den 80ern, 73,1 in den Neuzigern auf 74,4 zwischen 2000 und 2009.

In der folgenden Darstellung sind alle Wahlen zum Nationalrat, zum Landtag, zur Gemeindevertretung und zum Bundespräsidenten in Salzburg seit 1970 eingezeichnet. Auf der y-Achse ist die Höhe der Wahlbeteiligung zu erkennen, auf der x-Achse das jeweilige Jahr.

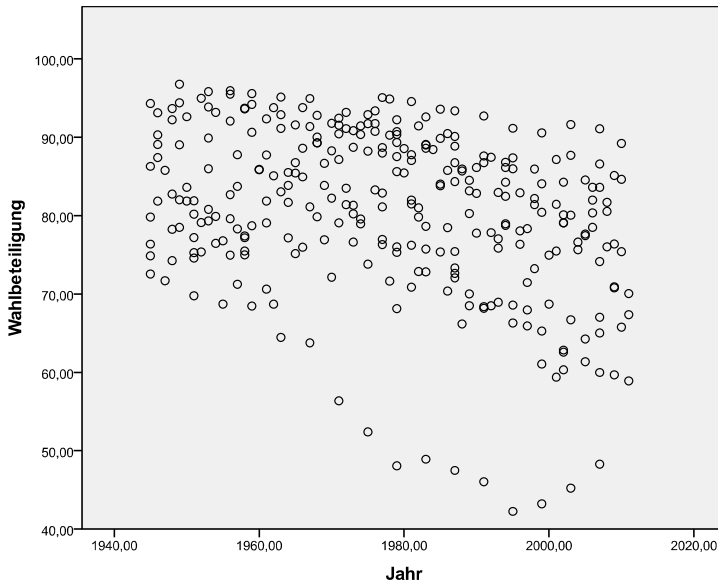
## Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Bundespräsidenten, Nationalrat, Landtag, Gemeinderat in Salzburg seit 1970



Es ist ein deutlicher Rückgang der Wahlbeteiligung in Salzburg zu erkennen. Wir schließen hier die Frage an, ob wir in der Folge nach spezifischen Salzburger Gründen suchen müssen, oder ob ein vergleichbarer Rückgang auch in anderen entwickelten demokratischen politischen Einheiten messbar ist.

Die folgende Grafik gibt auf der x-Achse die Jahreszahl an. Auf der y Achse ist die Höhe der Wahlbeteiligung im europäischen Vergleich zu sehen. Jeder Punkt steht für die Wahlbeteiligung bei einer nationalen Wahl zum jeweiligen Parlament der Staaten Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Niederland, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz und des Vereinigten Königreichs.

## Wahlbeteiligung bei Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften in 17 westeuropäischen Staaten



Vergleicht man Wahlbeteiligung und Trend, so ist zu sehen, dass in Salzburg und Österreich die Wahlbeteiligung geringfügig höher als im westeuropäischen Durchschnitt ist und dass der Rückgang etwas geringer ausfällt. Schäfer (2011) untersuchte jüngst die Wahlbeteiligung in Westeuropa und fand dabei Zusammenhänge zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und der wirtschaftlichen Dynamik (gut für die Wahlbeteiligung) und der Ungleichheit (schlecht für die Beteiligung) (Schäfer 2011, S. 147)

	NRW in Salz- burg	NRW in Österreich	Parlaments- wahlen in Westeuropa
Höhe der durchschnittlichen Wahlbeteiligung 2000 bis 2009	79,7%	80,5%	74,2%
Rückgang gegen über den 70er- Jahren	-10,4%	-10,8%	-13,4%

Es ist also davon auszugehen, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung in Salzburg eingebettet ist in einen vergleichbaren Rückgang der institutionellen Partizipation in Westeuropa.

### *Zusammenfassung*

Die Wahlbeteiligung ging im Land Salzburg seit den 70er-Jahren um rund zehn Prozent bei allen Wahlgängen zurück. Dieser Rückgang führte auf ein durchschnittliches Niveau der Wahlabstinz von 25 Prozent. Das sind um zehn Prozent mehr als in den 70er-Jahren.

Sowohl der Rückgang der Wahlbeteiligung als auch die aktuelle Höhe der Wahlabstinz sind mit dem österreichischen Durchschnitt vergleichbar. Im westeuropäischen Durchschnitt ist die Wahlabstinz und ihr Anstieg leicht unterdurchschnittlich.

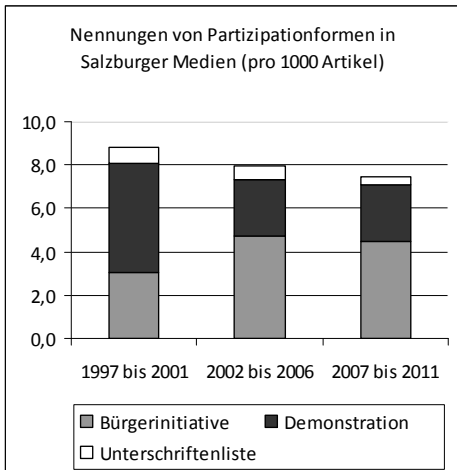
## 2.2 Nicht-institutionelle Partizipation

In einem weiteren Schritt haben wir die Medienberichterstattung in Salzburg ausgewertet. Es liegen alle für Salzburger relevanten Artikel (exkl. Sport) aus den in Salzburg gelesenen Tageszeitungen sowie Berichte des ORF ab 1997 vor. Für die Erhebung wurde untersucht, wie oft (wörtlich) über "Bürgerinitiative", "Demonstration" und "Unterschriftenliste" berichtet wurde.<sup>1</sup> Es ist klar, dass es auch weitere Begriffe gibt, die auf nicht-institutionelle Partizipation hinweisen. Da es aber

<sup>1</sup> Begriffe wie "Bürger-Initiative" und "Bürgerprotest" wurden getestet, ihre Anwendung aufgrund der geringen Fallzahl aber wieder verworfen.

um die Erfassung einer zeitlichen Entwicklung geht, genügen diese Begriffe für unseren Zweck. Die Datengrundlage umfasst insgesamt 296.112 Berichte.

Die Auswertung wurde in drei Fünfjahresgruppen vorgenommen, um einzelne jährliche Besonderheiten zu relativieren. In Summe erkennen wir keine Zunahme der nicht-institutionellen Partizipation in Salzburg in der Salzburger Medienberichterstattung.



Pro 1.000 Artikel wurde in den Jahren 1997 bis 2001 8,8 mal von "Bürgerinitiative", "Demonstration" oder Unterschriftenliste gesprochen. Dieser Wert betrug zwischen 2002 und 2007 8,0 und zwischen 2007 und 2011 7,5. Von einem Rückgang zu sprechen ist aber nicht angebracht, die höheren Werte 1997 bis 2001 resultierten vor allem aus den Demonstrationen gegen die neue Bundesregierung ab 2000 und deren Politik. Die Anzahl der Nennung von Bürgerinitiativen nahm hingegen im Untersuchungszeitraum zu.

Eine zweite Form der Bestimmung von nicht-institutioneller politischer Partizipation besteht in der Befragung von Salzburgerinnen und Salzburgern, inwieweit sie politisch aktiv waren.



---

Habe mich schon einmal...  
*(EVS 1990-2008 nach Friesl et al 2009, S. 212; Österr. n= 1400, Salzburg n=100 )*

	Österr. 1990	Österr. 1999	Österr. 2008	Salzbrg. 2008
...an einer Unterschriftenaktion beteiligt.	45%	56%	46%	38%
...an einem Boykott beteiligt.	5%	9%	8%	6%
... an einer genehmigten Demonstration beteiligt	10%	16%	14%	7%

Auch in diesen Zahlen lässt sich für Österreich kein klarer Trend der Zunahme der politischen nicht-institutionellen Aktivität feststellen. Das (kleine) Sample für Salzburg widerspricht dem nicht.

### 3. Wer beteiligt sich in Salzburg?

In Kapitel zwei konnten wir zeigen, dass die institutionelle Partizipation in Salzburg seit den 70er-Jahren deutlich zurückgeht. Dies betrifft alle Wahltypen. Gleichzeitig legte unser Vergleich mit internationalen Daten nahe, dass Salzburg hier keine Besonderheit darstellt, sondern sich einem überregionalen Trend entsprechend verändert. Das Nutzen von nicht-institutionellen Formen der Beteiligung konnten wir ebenfalls überprüfen. Wir fanden in diesem Zeitraum kein Ansteigen der Beteiligung in der Auswertung der Medienberichte.

In diesem dritten Kapitel fragen wir nun, welche gesellschaftlichen Gruppen es sind, die sich aus dem institutionalisierten politischen Prozess verabschieden. Nach einer ersten Sichtung der Daten haben wir vier Thesen aufgestellt, die wir nun in mehrfacher Hinsicht testen wollen.

Diese Thesen lauten:

- Die Beteiligung am politischen System nimmt überdurchschnittlich in größeren Gemeinden bzw. Städten ab.
- Die Beteiligung am politischen System nimmt überdurchschnittlich in Wohngebieten ab, die ökonomisch schwächer sind.
- Die Beteiligung am politischen System nimmt überdurchschnittlich bei jungen Menschen ab.
- Das Unterzeichnen von Volksbegehren (als Indikator für nicht-institutionelle Partizipation) zeigt keine der Struktur der Wahlbeteiligung entsprechenden geographischen Divergenzen.

Getestet werden diese Thesen anhand von Daten zur Wahlbeteiligung, die die Autoren selbst erhoben haben, einem umfangreichen Datensatz zur Wahlbeteiligung in Salzburg und zu gemeindespezifischen sozio-ökonomischen Daten, die der Landesstatistische Dienst beisteuerte (Landesstatistik 2011), Daten der Stadt Salzburg, die wir aus den Publikationsreihe "Salzburg in Zahlen" zusammenstellten, Auswertungen der European Values Survey (EVS 2011), der European Social Survey (ESS 2006), der Milieustudie Salzburg (Hofer/Wally 2012) sowie Daten des Instituts für Grundlagenforschung, die wir für diese Untersuchung neu erhoben haben (IGF 2012).

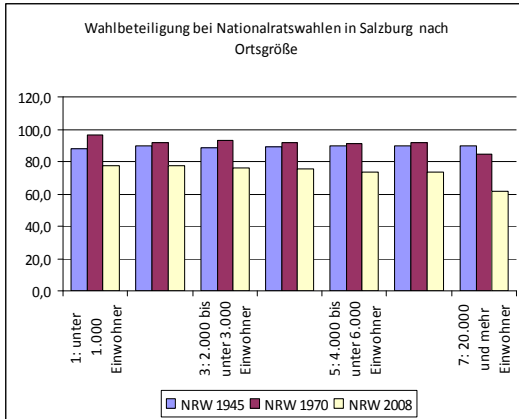
3.1 Die Beteiligung am politischen System nimmt überdurchschnittlich in größeren Gemeinden bzw. Städten ab.

### *Erster Test: Wahlbeteiligung in Salzburg*

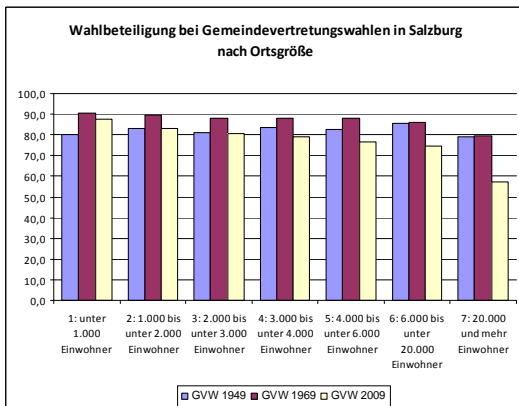
Die höchste Wahlbeteiligung wurde bei der Landtagswahl 2009 im Lungau mit 84,5 Prozent festgestellt, es folgten der Pinzgau mit 81 Prozent, der Pongau mit 80,5 Prozent, der Tennengau mit 78,8 Prozent, der Flachgau mit 77,4 Prozent und schließlich die Stadt Salzburg mit nur 60,1 Prozent. Bereits 2004 gab es bei der Landtagswahl ein ähnliches Bild: Hohe, fast idente Wahlbeteiligung in den Gebirgsgegenden (zwischen 82,2 und 83,3 Prozent), leicht sinkend in Richtung Zentralraum (Tennengau 82,1, Flachgau 80,5 Prozent) und gravierend niedriger in der Stadt Salzburg (65,2 Prozent). Bei der Nationalratswahl 2008 betrug die Wahlbeteiligung in der Stadt Salzburg 68,8 Prozent, in den anderen Gauen zwischen 79,9 Prozent (Pinzgau) und 81,7 Prozent (Pongau).

Das Niveau der Wahlbeteiligung war in der Stadt Salzburg also besonders niedrig. Bei der Landtagswahl 2009 lag es bei 60,1 Prozent und war damit das niedrigste unter den politischen Bezirken Salzburgs. Der Rückgang ist besonders dramatisch. 1945 betrug die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in der Stadt Salzburg noch 89,9 Prozent, 1949 erreichte sie ihren Höhepunkt mit 92,4 Prozent. 1969 fiel sie erstmals unter 80 Prozent (78,4 Prozent), 1989 erstmals unter 70 Prozent (69,9%). 2009 wurde mit 60,1 Prozent der bisher niedrigste gemessene Wert festgestellt.

Man kann in diesen ersten Daten also die Tendenz feststellen, dass mit Nähe zum Zentralraum die Wahlbeteiligung sinkt (wenn man nach Bezirksdurchschnitten wertet). Erhebt man die Wahlbeteiligungen nach Ortsgrößen, wird die einleitende These bestätigt.



Der überdurchschnittliche Rückgang der Wahlbeteiligung in der Stadt Salzburg ist auch bei anderen Wahlgängen feststellbar. Bei Nationalratswahlen war er bereits 1970 der niedrigste Wert im Bezirksvergleich, seither ist er relativ und auch nominal am stärksten gesunken. Bei Gemeindevertretungswahlen ergibt sich dieses Bild in noch radikalerer Form. Je größer die Gemeinden, desto niedriger die Wahlbeteiligung. In den kleinsten Gemeinden hingegen liegt diese bei GV-Wahlen heute sogar über dem Wert von 1949.



## Zweiter Test: European Values Survey

Die European Values Survey erhob (zuletzt im Jahr 2008) in Österreich allgemeine gesellschaftliche Einstellungen von rund 1.500 Personen. Darunter befanden sich gut 100 Salzburgerinnen und Salzburger. Diese Anzahl der Salzburger Befragten ist zu gering für sichere statistische Aussagen. Darum haben wir die österreichweiten Daten ausgewertet und werden sie hier vorstellen. In der Folge haben wir überprüft, ob die (statistisch nicht signifikanten) Salzburger Werte diesem sicheren österreichischen Trend widersprechen. Wenn dies nicht der Fall war, schlagen wir vor, davon auszugehen, dass die österreichischen Zusammenhänge auch in Salzburg zutreffen.

Für diesen Abschnitt unserer Studie werteten wir die Studie auf den Zusammenhang zwischen politischem Interesse und der Ortsgröße aus.

Interesse an Politik nach Gemeindegröße, Österreich (EVS, n=1500)	Überhaupt nicht an Politik interessiert
Weniger als 2000 Einwohner	14,6%
2 – 5000	21,8%
5 – 10000	18,4%
10 – 20000	15,9%
20 – 50000	23,0%
50 – 100000	18,5%
100 – 500000	12,3%
500.000 und mehr	6,9%

Dies entspricht einer negativen Korrelation von  $-0,088$ . Die Werte für das kleine Salzburg Sample zeigen ebenfalls keinen klaren Zusammenhang.

Während wir also einen Zusammenhang zwischen der Ortsgröße und der Wahlbeteiligung finden, besteht kein Zusammenhang zwischen Ortsgröße und politischem Interesse.

### *Dritter Test: European Social Survey*

Die European Social Survey (ESS) bezog Österreich zuletzt 2006 in sein internationales Vergleichsprogramm ein. Für Österreich wurden 2.405 Befragungen durchgeführt. Davon rund 160 in Salzburg. In dieser Arbeit wird bei den ISS-Daten ident vorgegangen wie bei den Daten des EVS.

Der Vorteil der ESS-Daten ist in unserem Kontext, dass die Gemeinden hier nicht anhand ihrer Einwohnerzahl, sondern anhand ihrer Spezifika charakterisiert wurden.

Interesse an Politik nach Beschreibung der Wohnung durch den Befragten (ESS)	Überhaupt nicht an Politik interessiert Österreich n=2385	Überhaupt nicht an Politik interessiert Salzburg n=160
Bauernhof oder Haus am Land	11,7%	3,6 <sup>2</sup>
Landgemeinde	9,2 %	
Stadt	11,0%	7,7%
Vororte oder Umland einer großen Stadt	9,4%	7,7%
Großstadt	15,9%	-

Auch hier findet sich in den österreichischen Daten keine Erklärung für die geringe Wahlbeteiligung in städtischen Gebieten. Die Salzburger Daten (Achtung: n=160) kombiniert mit dem Charakter des Wohnorts anstatt der Ortsgröße hingegen lassen den Trend plausibler erscheinen.

### *Vierter Test: Zusammenhang Agrarstruktur und Wahlbeteiligung*

An dieser genaueren Bestimmung der kleinen Orte setzen wird an. In Salzburg sind die Kleinstorte überwiegend agrarisch geprägt. Deswegen haben wir die Wahlergebnisse der Orte in Salzburg nach ihrer Wirtschaftsstruktur vorgenommen.

<sup>2</sup> Zusammengefügt, um höheres n zu erreichen.

Tatsächlich stellt sich heraus, dass landwirtschaftliche Gemeinden deutlich höhere Wahlbeteiligungen als Gemeinden mit weniger Landwirtschaftlichen Betrieben pro 100 Einwohner haben.<sup>3</sup>

Landwirtschaft	Mittelwert von Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2009	Anzahl der Gemeinden
1: unter 2 Betriebe / 100 Einwohner	71,7	22
2: 2 bis unter 3 Betriebe / 100 Einwohner	74,1	21
3: 3 bis unter 4 Betriebe / 100 Einwohner	78,5	20
4: 4 bis unter 5 Betriebe / 100 Einwohner	78,8	21
5: 5 bis unter 7 Betriebe / 100 Einwohner	81,2	22
6: 7 und mehr Betriebe / 100 Einwohner	82,8	13
Gesamtergebnis	77,5	119

Der Mittelwert der Beteiligung an Wahlen steigt deutlich an, wenn es mehr Agrarbetriebe pro 100 Einwohner gibt.

#### *Fünfter Test: Eigene Erhebungen*

Uns interessierte der Zusammenhang zwischen Politikinteresse und der Bereitschaft wählen zu gehen. Denn die vorliegenden Daten erklären nicht, warum die Beteiligung in der Stadt Salzburg derart gering ist. Wir gingen davon aus, dass wir eine intervenierende Variable finden müssen. Unsere Überlegung war, dass es Milieus gibt, in denen das Interesse für Politik nicht mehr an den moralischen Imperativ geknüpft ist, dass man Wählen gehen müsse. Dies hatte Remmer (2009) nahegelegt. Die Zahlen für Salzburg stehen dazu nicht im Widerspruch.

<sup>3</sup> Der argumentative Zwischenschritt, dass hoher Agraranteil mit der Größe der Gemeinde negativ korreliert, kann erbracht werden.

IGF (2011)	Grundsätzlich an Politik nicht interessiert.	Kann mir gut vorstellen, bei der Landtagswahl nicht wählen zu gehen.
Stadt Salzburg	15%	34%
Flach- /Tennengau	16%	29%
Pongau/Pinzgau/Lungau	20%	19%

### *Zusammenfassend*

Wir stellen deutlich eine überdurchschnittliche Abwendung von dem institutionellen Beteiligungsmodell der Wahl in größeren Orten und Städten fest. Diese Tendenz ist insbesondere in kleineren agrarischen Gemeinden geringer. Gleichzeitig ist nicht nachweisbar, dass das Desinteresse an der Politik in größeren Orten geringer ist.



3.2 Die Beteiligung am politischen System nimmt überdurchschnittlich in Wohngebieten ab, die ökonomisch schwächer sind.

In der internationalen Fachliteratur wird weitgehend darin übereingestimmt, dass die politische Teilhabe von den individuellen sozio-ökonomischen Ressourcen abhängt. Das bedeutet, dass wir in wirtschaftlich ärmeren Stadtteilen und Orten eine geringere Beteiligung erwarten.

#### *Erster Test: Wahlbeteiligung in Salzburg*

Für die Stadt Salzburg liegen Daten über den Sozialhilfebezug nach Stadtteilen vor. Die Stadtteileinteilung für diese Daten ist nicht ident mit den Wahlbezirken. Andererseits sind die Unterschiede der Grenzziehungen nicht gravierend. Für die vorliegende Studie ist es von Interesse, ob es einen Zusammenhang zwischen ökonomisch schwächeren Stadtteilen und der Wahlbeteiligung gibt. Die vorliegenden Daten bezeichnen den Anteil der Personen, die Sozialhilfe beziehen, an der Gesamtzahl der Hauptwohnsitze in dem Stadtteil. Dieser Wert ist ein Hilfsmittel, um die Siedlungsstruktur Salzburgs sozial zu beschreiben. Diese Herangehensweise ist natürlich kritisierbar, aufgrund unserer Kenntnis der Stadt gehen wir aber davon aus, dass es eine zulässige ist.

Der höchste Anteil an BezieherInnen der Sozialhilfe an den Hauptwohnsitzen (2008) wird im Bereich Elisabeth-Vorstadt/Itzling festgestellt. Dort lag die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2009 mit 56,2 Prozent am niedrigsten. Es folgen mit hohen Anteilen an SozialhilfebezieherInnen Lehen (6,9%), Liefering (6,4%) und Taxham (6,15%). Die Wahlbeteiligung lag hier bei 57,1, 59,9 und 59,3 Prozent. Die geringsten Anteile an SozialhilfebezieherInnen finden sich im Bereich Leopoldskron, Gneis, Moos (2,3%), Gnigl-Langwied (3,0%) und in der Rechten Altstadt (3,0%). Die Wahlbeteiligungen lagen hier bei 69%, 62,9 Prozent sowie 61,5 Prozent.<sup>4</sup>

Eine Korrelationsrechnung sieht einen Zusammenhang zwischen Wahlabstinz und Anteil der SozialhilfebezieherInnen von 0,67. Zur Sicherheit erneut: Es ist hier kein Kausalzusammenhang zwischen den beiden Faktoren bewiesen, beide dürf-

<sup>4</sup> Daten: Salzburg in Zahlen 3/2009, S. 28 sowie Salzburg in Zahlen 4/2009, S. 23.

ten Ausdruck einer Benachteiligung der Stadtteile beim Vorhandensein sozio-ökonomischen Kapitals sein, so eine These, die man weiterverfolgen könnte.

Man kann diese Überlegungen mit Bezug auf die Stadt Salzburg weiter entwickeln. Zu diesem Zweck haben wir eine Zeitreihe der Wahlenthaltung nach Bezirken erstellt. Verschiebungen der Bezirksgrenzen, Siedlungsbau etc. wirken sich hier naturgemäß aus. Das Ergebnis ist dennoch bemerkenswert.

Wir erhoben erstens den durchschnittlichen Anteil der Nichtwähler in der Stadt, dann die entsprechenden Werte der Wahlbezirke, um schließlich die Differenz zwischen den Nicht-Wahlbeteiligungen zu errechnen. Es ergab sich folgendes Bild:

Nichtbeteiligung bei NRW in der Stadt Salzburg	09	06	02	99	95	94	89	86	83	70
<b>Städtischer Durchschnitt</b>	<b>28%</b>	<b>29%</b>	<b>21%</b>	<b>28%</b>	<b>21%</b>	<b>25%</b>	<b>27%</b>	<b>18%</b>	<b>12%</b>	<b>15%</b>
Elisabeth-Vorstadt	37%	37%	28%	32%	22%	31%	28%	27%	20%	17%
Lehen	34%	34%	25%	28%	21%	28%	27%	22%	17%	17%
Aigen-Abfalter-Glas	23%	23%	16%	22%	16%	22%	22%	20%	15%	20%
Gneis-Leopoldskron-Morzg-Moos	20%	21%	15%	21%	15%	21%	20%	19%	14%	14%
<b>Differenz zwischen höchster und niedrigster Wahlenthaltung</b>	<b>17%</b>	<b>16%</b>	<b>13%</b>	<b>11%</b>	<b>7%</b>	<b>10%</b>	<b>8%</b>	<b>8%</b>	<b>6%</b>	<b>6%</b>

Dies ist bemerkenswert. Denn es bedeutet, dass wir einen starken Trend erleben, wonach die Beteiligung an Wahlen in der Stadt Salzburg immer ungleichmäßiger wird. Die Wahlbeteiligung sinkt in ökonomisch schwächeren Stadtteilen deutlich schneller als in ökonomisch stärkeren.

## *Zweiter Test: Korrelation der Wahlbeteiligung mit anderen sozio-ökonomischen Faktoren*

Nach diesem ersten starken Hinweis, auf einen Zusammenhang haben wir die vorliegenden Wahlergebnisse mit anderen Kennzahlen der Gemeinden korreliert.

Ausgehend von der Überlegung, dass der Anteil der Ausländer in einem Siedlungsgebiet höher ist, wenn die Wohnkosten geringer sind, korrelierten wir Wahlbeteiligungen mit dem Anteil der Ausländerinnen und Ausländer. Ausländer, insofern sich nicht EU-Bürger sind, haben per Definition kein Wahlrecht bei den österreichischen Wahlen.

Ausländeranteil	Mittelwert von Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2009	Anzahl der Gemeinden
1: unter 4% Ausländeranteil	80,8	18
2: 4 bis unter 5% Ausländeranteil	81,1	17
3: 5 bis unter 7% Ausländeranteil	77,3	26
4: 7 bis unter 9% Ausländeranteil	77,2	21
5: 9 bis unter 12% Ausländeranteil	75,3	19
6: 12 und mehr% Ausländeranteil	73,6	18
Gesamtergebnis	77,5	119

Anzumerken ist hier, dass diese Zahlen keineswegs ursächliche Zusammenhänge dokumentieren können. Diese Zahlen zeigen vorerst nur Korrelationen. Die erwartete Tendenz wurde aber gefunden, die Zahlen sind ein indirekter Hinweis auf die Richtigkeit der These.

## *Dritter Test: Auswertung der SINUS Milieus*

Zur Abrundung unserer Erhebungen überprüften wir die Plausibilität unserer Ergebnisse anhand von veröffentlichten Daten, die INTEGRAL Wien im Zuge von Milieuerhebungen seit Jahrzehnten sammelt. SINUS-Milieus (Die SINUS Milieus sind geschützte Begriffe bzw. Elemente. Die Rechte liegen bei Integral Wien) versuchen Lebenswelten zu erfassen und zu beschreiben. Dazu werden qualitative Interviews und teilnehmende Beobachtung angewandt und mit quantitativer

Umfrageforschung kombiniert. Auf dieser Grundlage werden Menschen in Gruppen anhand der von ihnen vertretenden Grundorientierungen, ihren Angaben zu ihrem Lebensstil, ihren Kommunikationsstrukturen und ihren Wohnumfeldern zusammengefasst. Diese Gruppen stellen die Milieus dar. (Hofer/Wally 2012)

Uns wurden nun Daten zur Verfügung gestellt, die wir als Hinweis auf die Distanz zum politischen System verstehen. Es liegen uns die durchschnittlichen Sympathiewerte von 0 bis 100 für 13 Institutionen/Vertreter des politischen Systems vor. Da uns keine Angaben vorliegen, welche Institutionen dies sind, können diese Daten nur zum Vergleich zwischen den Gruppen dienen, also nur relative Aussagen begründen. Die Daten sind zwei Jahre alt. Ausgewiesen ist der durchschnittliche Anteil in dem jeweiligen Milieu, der weniger als 10 von 100 Punkten auf einer Sympathieskala vergab.

SINUS Milieus und Politikferne	Größe in Salzburg	Größe in Österr	durchschn. Anteil, der 0-10 Punkte vergab
<b>Typische Milieus in denen traditionelle Werte konstituierend sind</b>			
Traditionelle (Weniger Bildungs- und ökonomische Ressourcen, älter)	8%	15%	22%
Konservative (Mehr Bildungs- und ökonomische Ressourcen, älter)	15%	6%	14%
<b>Typische Milieus denen "Modernisierungs"-Werte konst. sind</b>			
Konsumorientierte Basis (Weniger Bildungs- und ökonomische Ressourcen)	3%	9%	42%
Bürgerliche Mitte (durchschnittliche Bildungs- und ökonomische Ressourcen)	14%	15%	18%
Postmaterielle (mehr Bildungs- und durchschnittliche ökonomische Ressourcen)	14%	9%	18%
Etablierte (Mehr Bildungs- und ökonomische Ressourcen)	15%	9%	17%
<b>Typische Milieus denen Werte der Neuorientierung konstituierend sind</b>			
Performer (Mehr Bildungs- und ökonomische Ressourcen, jünger)	12%	9%	20%
Digitale Individualisten (durchschnittliche Bildungs- und ökonomische Ressourcen, jünger)	6%	6%	9%
Adaptiv Pragmatische (durchschnittliche Bildungs- und ökonomische Ressourcen, jünger)	7%	10%	5%
Hedonisten (Weniger Bildungs- und ökonomische Ressourcen, jünger)	6%	11%	31%

Die Zahlen zeigen, dass die Ablehnung bestehender politischer Angebote mit Abstand bei den Milieus der Konsumorientierten Basis und den Hedonisten am stärksten ist. Dies sind zwei von drei Milieus, die vor allem die Unterschicht und die untere Mittelschicht binden. Das dritte Milieu mit geringer ökonomischer Stärke, die Traditionellen, weisen hingegen nur gering überdurchschnittliche Ablehnung aus. Traditionelle sind eher am Land zuhause, eher älter und in örtliche Strukturen eingebunden.

Das bedeutet, dass uns die Auswertung nach Milieukriterien nahelegt, dass das politische System vor allem ökonomisch schwächere Personen verliert. Auch das würde unsere These bestätigen.

#### *Vierter Test: European Social Survey*

Die ESS bestätigt für Österreich, dass Geringverdiener sich am häufigsten nicht für Politik interessieren. 15,3 Prozent der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter 1.000 Euro interessierten sich überhaupt nicht für Politik.

Monatliches Haushaltseinkommen und Interesse and Politik, (ESS 2006, Österreich)	Überhaupt nicht an Politik interessiert
Weniger als 1000 Euro pro Monat	15,3%
1000 bis 2000	12,4%
2000 bis 5000	11,6%
Mehr als 5000	12,0%

#### *Fünfter Test: European Values Survey*

Die Daten der European Values Survey werfen auf den ersten Blick ein überraschendes Ergebnis aus. Zum einen bestätigen sie, dass Personen mit geringem Einkommen sich häufiger von der Politik abwenden. Dies scheint aber nicht für die Personengruppe mit den geringsten Einkommen zuzutreffen. (Die Salzburger Daten mit geringem Sample stimmen überein).

Hier haben wir deswegen differenziert und die Art der Beschäftigung eingefügt. Die Gruppe der gering Verdienenden zerfällt dann in ein deutliches Gegensatz-

paar: Politikaffine Studierende und politikferne, (lohn-) arbeitende Personen sowie Pensionisten. Die Anzahl der Arbeitslosen war für eine Auswertung zu gering.

Monatliches Haushaltseinkommen und Interesse and Politik (EVS 2008, Österreich)	Überhaupt nicht an Politik interessiert	Darunter	Überhaupt nicht an Politik interessiert
Weniger als 1000 Euro pro Monat	13,4%	Studenten	4,9%
		Arbeit mehr als 30 h	15,4%
1000 bis 2000	15,3%	Pensionisten	9,8%
		Arbeit mehr als 30 h	22,0%
2000 bis 5000	12,0%	Pensionisten	8,7%
Mehr als 5000	2,8%		

Wie schon bei der Gemeindegröße nähern wir uns der Qualifizierung unserer These. In diesem Fall lautet sie: Der Anteil der überhaupt nicht an Politik Interessierten ist vor allem bei der Gruppe der ökonomisch schwachen, arbeitenden Bevölkerung groß. Die sozialen Unterschiede wirken sich bei der politischen Teilhabe immer stärker aus.

### *Zusammenfassend*

Wir stellen signifikante überdurchschnittliche Distanz zur Politik

- bei Personen in Salzburg fest, die ein Haushaltseinkommen unter 2.000 Euro haben und nicht studieren und
- in Wohngebieten die ökonomisch schwächer sind.

Die Abwendung in diesen Gruppen von der Politik ist nicht nur weiter fortgeschritten, sie setzt sich auch noch schneller fort als in anderen Lebensbereichen Salzburgs.

### 3.3 Die Beteiligung am politischen System nimmt überdurchschnittlich bei jungen Menschen ab.

Aus Anlass von Wahlen gab es immer wieder Befragungen oder Berechnungen über die Wahlbeteiligung von jungen Salzburgerinnen und Salzbergern. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament haben sich nur 13,2 Prozent der Erstwähler im Land Salzburg beteiligt, so das Ergebnis einer Berechnung. Bei der Gesamtbevölkerung betrug der Anteil der Wählerinnen und Wähler an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten 38 Prozent. (Salzburger Volkszeitung 16. 6. 2004) Bei der Nationalratswahl 2006 beteiligten sich in der Stadt Salzburg 43,3 Prozent der 18- bis 24-Jährigen und 39,7 Prozent der 25- bis 29-Jährigen nicht. Das war höher als der Durchschnitt der Wahlabstinenz von 37 Prozent. (Salzburger Nachrichten 6. 10. 2006)

#### *Erster Test: European Values Survey*

Die Europäische Wertestudie unterstützt die These. Der Anteil der unter 30-Jährigen, die überhaupt kein Interesse an Politik haben, kann mit einem Fünftel dieser Generation beziffert werden.

Alter und Interesse and Politik (EVS 2008, Österreich)	Überhaupt nicht an Politik interessiert N=1464	Salzburg N=100
18 bis 30 Jahre als	22,9%	21,4%
30 - 50	15,0%	8,3%
50 - 65	9,7%	7,4%
Mehr als 65 Jahre alt	12,3%	17,4%

#### *Zweiter Test: European Social Survey*

Die ESS Daten bestätigen den Zusammenhang, auch wenn sie quantitativ abweichen. Unter jungen Österreicherinnen und Österreichern ist der Anteil der überhaupt nicht Interessierten besonders hoch.

Alter und Interesse and Politik (ESS 2006, Österreich)	Überhaupt nicht an Politik interessiert
18 bis 30 Jahre alt	15,6%
30 - 50	9,5%
50 - 65	8,7%
Mehr als 65 Jahre alt	11,2%

### *Dritter Test: Korrelation der Wahlbeteiligung mit der Ortsstruktur*

In unserem dritten Test werten wir die Wahlbeteiligungen bei der Landtagswahl 2009 aus. Bei dieser Überprüfung der aggregierten Daten finden wir nun *keine* Bestätigung der These. Gemeinden mit hohem Anteil an Jugendlichen verzeichneten eine geringfügig höhere Wahlbeteiligung.

Jugendanteil	Mittelwert von Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2009	Anzahl der Gemeinden
1: unter 20% Jugendanteil	75,5	18
2: 20 bis unter 21% Jugendanteil	74,0	12
3: 21 bis unter 22% Jugendanteil	77,3	20
4: 22 bis unter 23% Jugendanteil	79,3	28
5: 23 bis unter 24% Jugendanteil	76,9	17
6: 24 und mehr % Jugendanteil	79,0	24
Gesamtergebnis	77,5	119

Im Kontrast dazu kann bei höherem Seniorenanteil festgestellt werden, dass die Wahlbeteiligung eher sinkt. In beiden Fällen sind die Abweichungen aber nicht signifikant.



Seniorenanteil	Mittelwert von Wahl- beteiligung bei der Landtagswahl 2009	Anzahl der Gemeinden
1: unter 21% Seniorenanteil	79,7	13
2: 21 bis unter 22% Seniorenanteil	76,9	13
3: 22 bis unter 24% Seniorenanteil	78,1	27
4: 24 bis unter 26% Seniorenanteil	77,7	28
5: 26 bis unter 28% Seniorenanteil	77,8	20
6: 28 und mehr % Seniorenanteil	74,8	18
Gesamtergebnis	77,5	119

Nach diesen, der These widersprechenden Ergebnissen liegt neuerlich nahe, dass wir unsere Ausgangsüberlegung weiterentwickeln müssen. Der Schlüssel dafür liegt mit Sicherheit in der Tatsache, dass wir hier aggregierte Daten verwenden. Ein Hinweis zu Auflösung des Rätsels findet sich in Kapitel 3.2. Dort haben wir festgestellt, dass junge, in Ausbildung Befindliche sich wesentlich mehr für Politik interessieren als Arbeitende. Und sind nicht gerade Studierende oft sehr konzentriert an Orten mit einschlägigen Angeboten anzutreffen?

#### *Vierter Test. Eigene Erhebungen*

Um die Übertragung der Daten auf Salzburg abzusichern, wurde auch das politische Interesse der Altersgruppen für Salzburg erhoben. Die Ergebnisse bestätigen die anderen Quellen.

31 Prozent der Salzburger Jugendlichen zwischen 16 und 29 Jahren sind "grundsätzlich nicht an Politik interessiert".

IGF (2012) n= 513, Land Salzburg	grundsätzlich nicht an Politik interessiert
16 bis 29 Jahre	31%
30 bis 44 Jahre	14%
45 bis 59 Jahre	16%
60 und älter	9%

#### *Fünfter Test: Wahlen in der Stadt Salzburg*

Eine Auswertung der Wahlbeteiligung in der Stadt Salzburg bei Nationalratswahlen bestätigt den Befund, dass die Wahlneigung bei Jungen unterdurchschnittlich ist. Der Anteil der Nichtwähler unter den Salzburgerinnen und Salzburgern unter 30 Jahren ist fast doppelt so hoch wie unter Über-60-jährigen. Bemerkenswert ist aber, dass dieses Verhältnis auf niedrigerem Niveau seit 1983 gemessen wird.

Nichtwähleranteil / Stadt Salzburg / Nationalratswahlen	2009	2006	2002	1999	1995	1994	1989	1986	1983
Bis 30 Jahre alt	39%	42%	31%	40%	29%	38%	39%	29%	18%
Bis 40	34%	35%	24%	30%	22%	30%	30%	22%	15%
Bis 50	28%	29%	19%	26%	18%	25%	25%	16%	11%
Bis 60	25%	25%	16%	21%	13%	19%	20%	11%	8%
über 60 Jahre alt	22%	23%	17%	21%	16%	19%	16%	10%	8%

Errechnet man die Durchschnitte der drei Wahlgänge pro Jahrzehnt, ergibt sich ein übersichtlicheres Bild, das bestätigt, dass Junge seltener Wählen gehen, die Wahlabstinenz aber in allen Gruppen gleich stark zunimmt.

Nichtwähleranteil / Stadt Salzburg / Nationalratswahlen / Durchschnitt pro Jahrzehnt	00er	90er	80er
Bis 30 Jahre alt	37%	36%	29%
Bis 40	31%	27%	22%
Bis 50	25%	23%	17%
Bis 60	22%	18%	13%
über 60 Jahre alt	21%	19%	11%

Der Effekt kann auch als Kohorteneffekt gesehen werden. Junge Generationen beginnen ihre Laufbahn als Wähler immer häufiger mit einer Wahlenthaltung. Mit zunehmendem Alter wird die Wahlbeteiligung zwar wahrscheinlicher, dies führt aber nicht dazu, die Wahlbeteiligung nicht insgesamt weiter sinkt. Diese Zahlen unterstützen die Theorie von Franklin, wonach Wahlenthaltungserfahrung weitere Wahlenthaltungen begünstigt.

Nichtwähleranteil / Stadt Salzburg / Nationalratswahlen	00er	90er	80er
Durchschnittliche Unter 30-jährige der 00er	37%		
Durchschnittliche Unter 30-jährige der 90er	31%	36%	
Durchschnittliche Unter 30-jährige der 80er	25%	27%	29%
Durchschnittliche Unter 30-jährige der 70er	22%	23%	22%
Durchschnittliche Unter 30-jährige der 60er	21%	18%	17%
Durchschnittliche Unter 30-jährige der 50er		19%	13%
Durchschnittliche Unter 30-jährige der 40er			11%

*(Lesebeispiel: Die Personengruppen, die bei zumindest einer Nationalratswahl in den Jahren 1990 bis 1999 zur Gruppe der Unter 30-jährigen gehörten, blieben im Durchschnitt in den 90er-Jahren zu 36 Prozent der Wahl fern. Bei den Wahlen zwischen 2000 und 2009 wurde angenommen, dass diese Gruppe nun den 30 bis 40jährigen entspricht und deren durchschnittliche Wahlabstinz betrug 31 Prozent. \*umfasst zusätzlich zwei bis vier jüngere Jahrgänge; \*\*umfasst zusätzlich alle älteren Jahrgänge)*

#### *Vierter Test: Aussagen mit Hilfe der SINUS-Milieus*

Die unter 3.2. dargestellten Ergebnisse zeigten, dass die Distanz zu politischen Institutionen besonders bei zwei Milieus ausgeprägt ist: Dies sind die Hedonisten und die konsumorientierte Basis. Zieht man nun das Durchschnittsalter der Milieus in Salzburg heran, ergibt sich kein klares Bild. Aber es ergeben sich – wie schon bei den ersten beiden Thesen – Hinweise, wie eine Qualifizierung der These aussehen könnte.

	Durchschnittlicher Anteil der Gruppe, der gegenüber politischen Institutionen sehr ablehnend ist	Durchsch. Alter
Traditionelle (traditionelle Werte, weniger Bildungs- und ökonomische Ressourcen, älter)	22%	66
Konservative (traditionelle Werte, Mehr Bildungs- und ökonomische Ressourcen, älter)	14%	55
Konsumorientierte Basis (moderne/individualistische Werte, weniger Bildungs- und ökonomische Ressourcen)	42%	51
Bürgerliche Mitte (moderne/individualistische Werte, durchschnittliche Bildungs- und ökonomische Ressourcen)	18%	49
Etablierte (moderne/individualistische Werte, mehr Bildungs- und ökonomische Ressourcen)	17%	44
Postmaterielle (mehr Bildungs- und durchschnittliche ökonomische Ressourcen)	18%	43
Performer (Neuorientierung, mehr Bildungs- und ökonomische Ressourcen, jünger)	20%	37
Adaptiv Pragmatische (Neuorientierung, durchschnittliche Bildungs- und ökonomische Ressourcen, jünger)	5%	35
Hedonisten (Neuorientierung, weniger Bildungs- und ökonomische Ressourcen, jünger)	31%	36
Digitale Individualisten (Neuorientierung, durchschnittliche Bildungs- und ökonomische Ressourcen, jünger)	9%	26

Die jungen Milieus fallen in drei Kategorien: Durchschnittlich und höher gebildete junge Milieus wie die Digitalen Individualisten und die Adaptiv Pragmatischen weisen niedrige Ablehnungsraten auf, gut verdienende Performer durchschnittliche, die ökonomisch schwachen Jugendlichen der Hedonisten aber einer sehr hohen Rate.

Die Gruppe, die sich am stärksten von der Politik abwendet, ist jung und ökonomisch benachteiligt.

## Zusammenfassend

In diesem Kapitel hat sich unsere These weiterentwickelt. Wir gehen davon aus, dass unter Jugendlichen der Anteil derer, die sich nicht für Politik interessieren, höher ist als in der Gesamtbevölkerung. Unter den Jugendlichen gibt es aber dabei massive Unterschiede. Konzentriert man sich auf Jugendliche, die voll berufstätig sind, erwarten wir die größte Distanz, was sich in Städten weiter verstärken sollte.

In eigenen Erhebungen (IGF 2012) haben wir eruiert, ob wir diesen Trend bestätigt finden. Dabei ergab sich folgendes Bild. Da das Gesamtsample der Umfrage n=500 betrug, nutzen wir die folgenden Zahlen nicht als Beweis, sondern als zuzählendes Indiz.

<i>(IGF 2012, Salzburg)</i>	Nähe zu Politik (Skala 0 bis 10)
Gesamtbevölkerung	5,7
16 – 29 Jahre	5,2
16 – 22 Jahre	4,85
16 – 22 Jahre, nicht in Ausbildung	4,54
16 – 22 Jahre, nicht in Ausbildung, Stadt	4,2

Dies These haben wir auch mit dem umfangreichen Datensatz der Wertestudie überprüft und eine eindeutige Bestätigung gefunden. Junge, voll arbeitende Menschen wenden sich mit Abstand am häufigsten von der Politik ab. Fast jeder Dritte von ihnen interessiert sich "überhaupt nicht" für Politik.

<i>(EVS 2008, Österreich)</i>	Überhaupt nicht an Politik interessiert
Gesamtbevölkerung	15,7%
18 bis 30 Jahre alt	21,4%
18 bis 30 Jahre alt und arbeitet mehr als 30 Stunden pro Woche	29,8%

### 3.4 Das Unterzeichnen von Volksbegehren zeigt keine vergleichbaren geographischen Divergenzen

Wie setzen sich aber die gesellschaftlichen Gruppen zusammen, die sich für Einzelthemen engagieren, etwa in Bürgerinitiativen oder bei Unterschriftenaktionen? Nicht möglich ist es uns, die soziale Zusammensetzung der Bürgerinitiativen in Salzburg zu bestimmen. Am nächsten kommt man einer Antwort, wenn man die Wahlbeteiligung bei Volksbegehren ansieht. Handelt es sich hier zwar um eine institutionelle, formale Form der Beteiligung, so hat sich dieses Instrument doch aus dem nicht-institutionellen Engagement entwickelt und ist häufig Referenzpunkt für Bürgerinitiativen.

Zuletzt wurde in Salzburg das Bildungsvolksbegehren durchgeführt. Es erfuhr in Salzburg die Unterstützung von 5,15 Prozent der Stimmberechtigten. In Österreich lag der Wert bei 5,25 Prozent.

In Salzburg lag die Zustimmung eindeutig in der Landeshauptstadt am höchsten. In der Stadt Salzburg unterschrieben 6,9 Prozent, Salzburg-Umgebung 5,5, Bezirk Hallein 4,8 Prozent, Bezirk St. Johann 3,9 Prozent, Bezirk Zell am See 3,8 Prozent, Bezirk Tamsweg 3,3 Prozent.

Die Konzentration auf städtische Bereiche zeigt sich auch in den Daten anderer Bundesländer. In Wien lag die Beteiligung bei 7,4 Prozent, in Graz bei 5,6 Prozent, in Linz bei 7 Prozent.

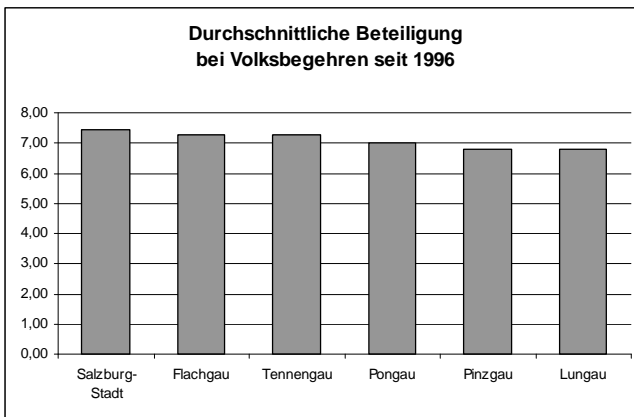
Interessant sind aber die hohen Unterschiede der Beteiligung in den Städten. In Wien beispielsweise beteiligten sich im 1. Bezirk Innere Stadt 25,9 Prozent der Stimmberechtigten, im Bezirk Neubau 16,3 Prozent, in Favoriten hingegen nur 3,96 Prozent.

Diese deutlichen Unterschiede zwischen den Stadtteilen kann man auch in Salzburg dramatisch feststellen: Die höchste Beteiligung wurde im Stimmbezirk Gneis-Morzg (10,8 Prozent) gemessen. An zweiter Stelle lag der Bezirk Neustadt - Äußerer Stein (10,4 Prozent). Die Beteiligung im Stimmbezirk Lehen lag bei nur 3,9 Prozent.

Wie in Wien stellen wir massive Unterschiede bei der Beteiligung an dem Volksbegehren zwischen den "gehobenen Bezirken" und den ökonomisch schwächeren Bezirken fest.

Das Bildungsvolksbegehren gab zwar vor, besonders die Bildungschancen der ökonomisch Benachteiligten zu vertreten. Es dürfte aber vor allem von bildungsnahen Schichten beachtet worden sein. Deswegen wird hier anhand anderer Volksbegehren diese Tendenz überprüft.

Zur Überprüfung haben wir alle Ergebnisse von bundesweiten Volksbegehren seit 1996 nach Bezirken herangezogen. Dabei stellte sich heraus, dass die Beteiligung in allen Salzburger Bezirken im Durchschnitt der 16 ausgewerteten Volksbegehren weitgehend ident war.



Die Beteiligung schwankte lediglich zwischen 6,8 Prozent im Bezirk Tamsweg und 7,4 Prozent in der Stadt. Salzburg ist dabei auch kaum vom Österreichschnitt (7,2 Prozent; Salzburg 7,1 Prozent) abgewichen.

Ausgewertet wurde auch die beispielhaften Bezirke in Wien: Innere Stadt, Neubau und Favoriten. Auch hier waren die durchschnittlichen Beteiligungen ähnlich (8,4, 8,6, 7,6 Prozent).

Diese Auswertungen legen nahe, dass Volksbegehren zwar wie im Kapitel 2 gezeigt, quantitativ nicht den Rückzug aus den traditionellen Formen der politischen Beteiligung ersetzt, dass sie aber nicht dieselbe soziale Struktur reproduzieren.



## 4. Schlussfolgerungen

In dieser Untersuchung haben wir festgestellt, dass im Land Salzburg die Beteiligung an formalen politischen Prozessen zurückgeht. Dies wurde hier exemplarisch anhand der Wahlbeteiligung gezeigt. Das gilt aber auch für das Engagement in Parteien (Augeneder/Lengauer/Mild/Reichenberger/Wally 2011, S. 19). Für die Wahlbeteiligung stellten wir einen Rückgang um rund zehn Prozent der Wahlberechtigten gegenüber den 70er-Jahren fest.

Dieser Rückgang der formalen politischen Partizipation wird nicht durch eine stärkere nicht-institutionelle Form der Beteiligung ersetzt. Nach unserer Auswertung der Medienberichterstattung stellen wir keine Zunahme der Bedeutung von Bürgerinitiativen, Unterschriftensammeln oder Demonstrationen für den öffentlichen Diskurs fest.

Dieser Rückgang der Beteiligung ist aber keineswegs gleichmäßig auf alle gesellschaftlichen Gruppen verteilt. Unsere Untersuchung einer Vielzahl von Datenquellen deutet darauf hin, dass bestimmte Gruppen sich wesentlich stärker aus der politischen Beteiligung zurückziehen.

Als Schlüssel zur Bestimmung dieser Gruppen stellte sich die Differenzierung innerhalb von Bevölkerungseinheiten heraus. Während wir kaum Unterschiede beim *durchschnittlichen* politischen Interesse zwischen Stadt und kleinen Orten feststellten, so brachten Detailauswertungen Klarheit.

Kleingemeinden mit hohem Agraranteil zeichnen sich durch geringeres Desinteresse an Politik und durch geringere Wahlabstinz aus.

In größeren Orten zerfällt die Bevölkerung in einen sehr politikinteressierten Teil und einen sehr politikfernen Teil.

Politikferne übersetzt sich in den größeren Orten in Wahlabstinz, in den kleinen (agrarischen) Orten nicht. Ein Ergebnis wie dieses hätte auch Remmer (2009) erwartet. Ein Beispiel: Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2009 betrug im Lungau 84,5 Prozent, in der Stadt Salzburg hingegen nur 60,1 Prozent.

Das Desinteresse an Politik hängt stark mit der ökonomischen Stärke oder Perspektive zusammen. Haushalte von Berufstätigen mit geringem Einkommen beschäftigen sich am wenigsten mit Politik – außer es handelt sich um Studierende. Erst wenn die Gruppe der Personen mit geringem Einkommen hier differenziert wird, ergibt sich ein klares Bild. Jeder fünfte Befragte, der arbeitet und dessen Haushaltseinkommen unter 2000 Euro liegt, interessiert sich "überhaupt nicht" für Politik. Diese Gruppe wendet sich immer schneller von formalen politischen Prozessen ab. So interpretieren wir die Ergebnisse unserer Berechnungen, wonach der Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen dem ökonomisch starken Stadtteil Leopoldskron und dem wirtschaftlich schwächeren Stadtteil Elisabeth-Vorstadt in 26 Jahren von 6 auf 17 Prozent gestiegen ist.

Unter jungen Salzburgerinnen und Salzburgern befinden sich besonders viele, die sich für Politik nicht interessieren. Detaillierte Auswertungen aus der Stadt Salzburg zeigten, dass die Wahlbeteiligung bei den Unter-30-jährigen am niedrigsten war. Sie erreichte bei Nationalratswahlen in den 2000er-Jahren im Durchschnitt 37 Prozent.

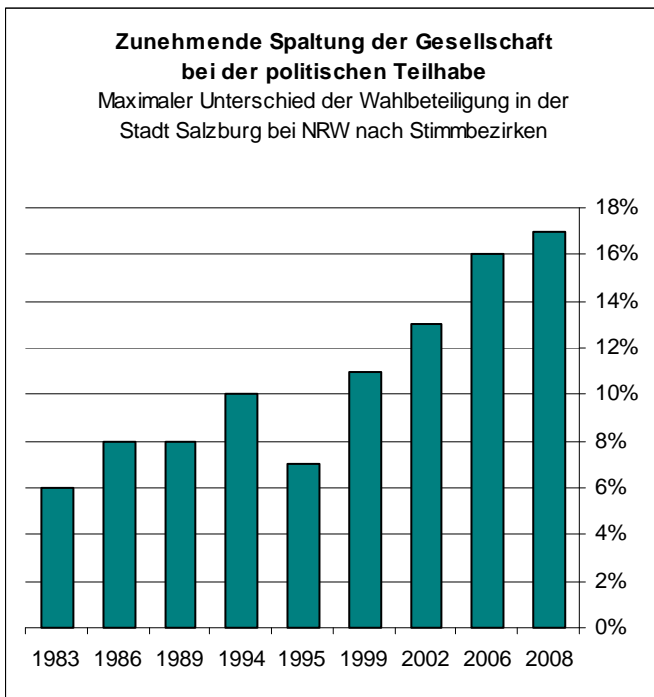
Dies wird unterlegt durch österreichweit und in Salzburg bestätigte Zahlen, die ausweisen, dass der Anteil der an Politik überhaupt nicht Interessierten mit rund 20 Prozent in dieser Gruppe am höchsten ist.

Sehr drastisch wird es, wenn man die Gruppe der Jungen aufsplittet. Es stellt sich heraus, dass die Abkehr unter den Jungen, die nicht studieren, noch viel größer ist, aber durch ein gewisses Interesse der Studierenden an Politik relativiert wird.

An diesem Punkt wird offensichtlich, dass nicht die aktuell vorhandenen finanziellen Möglichkeiten entscheidend sind, sondern die Ungleichverteilung der Lebensperspektiven die Einstellung gegenüber der Politik stark beeinflusst. Studierende mit niedrigerem Einkommen haben wesentlich höhere Erwartungen an das Leben als junge Vollzeitarbeitende mit durchschnittlichem Einkommen.

Kombinieren wir unser Wissen, müsste die Distanz zur Politik bei jungen, ökonomisch schwächeren am stärksten sein. Tatsächlich messen wir bei den 18 bis 30-Jährigen, die mehr als 30 Stunden pro Woche arbeiten, ca. 30 Prozent, die sich "überhaupt nicht" für Politik interessieren. In der Stadt Salzburg übersetzt sich dies in eine markant niedrige Wahlbeteiligung dieser Gruppe.

Keinen Trost stellt die Beteiligung an nicht-institutionellen Formen der Beteiligung dar. Die durchschnittliche Beteiligung an Volksbegehren betrug in Salzburg seit 1996 sieben Prozent. Die oben skizzierten Unterschiede kann man dabei aber nicht erkennen. Der Unterschied Stadt-Land sowie ökonomisch starker vs ökonomischer schwacher Stadtteil ist bei den Durchschnittswerten nicht zu finden.



Die Eingangs erwähnte Forschung von Franklin (2011) erlaubt einen Ausblick. Wie erwähnt spricht Franklin von einer Eigendynamik des Rückgangs der Beteiligung, sobald es Erfahrung mit Wahlabstinenz gibt. Wer einmal nicht gewählt hat, fühlt den gesellschaftlichen Druck zu wählen, immer schwächer. Das sieht man beispielhaft am Auseinanderbrechen von politischem Interesse und Wahlneigung in der Stadt Salzburg. Das bedeutet, dass politikferne Gruppen nachrücken, deren Ein-

bindung immer schwieriger und dass Politikabstinenz in diesen Milieus hegemonial werden.

Dies bedeutet übrigens, dass wir vor allem bei den Über-50-Jährigen einen Rückgang der Wahlbeteiligung erwarten können. Denn dieses Alter werden die politikfernen Jugendlichen der 80er-Jahre in diesem Jahrzehnt erreichen und wahlfreudigere Generationen ersetzen. Die höchste Wahlabstinenz bleibt aber weiterhin den Jungen vorbehalten.

## Literatur

Augeneder, Silvia/Lenaguer, Lukas/Mild, Erich/Reichenberger, Jakob/Wally, Stefan (2011): Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen. Salzburg.

Barnes, Samuel/Kaase, Max (1979): Political Action. Mass Particiaption in Five Western Democacies. Beverly Hills.

Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: Aus Politik und Zeitgeschehen 1–2/2011, S. 18 - 25.

Buse, Michael (1975): "Beteiligung woran und wozu?" In: von Alemann, Ulrich (Hrsg.): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Opladen. S. 41 – 111.

Eilfort, Michael (1994): Die Nichtwähler. Paderborn.

ESS (2006): ESS Round 3: European Social Survey Round 3 Data; Data file edition 3.3. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data.

EVS (2011): European Values Study 2008: Integrated Dataset (EVS 2008). GESIS Data Archive, Cologne. ZA4800 Data File Version 3.0.0, doi:10.4232/1.11004.

Friesl, Christian/Polak, Regina/Hamachers-Zuba, Ursula (Hrsg.): Die Österreicher/innen. Wertewandel 1990 bis 2008. Wien.

Hoecker, Beate (2006): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Opladen.

Hofer, Karin/Stefan Wally (2012): Die Salzburger Milieulandschaft. Salzburg.

Van Deth, Jan (2001): "Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?" In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen. S. 195-219.

Franklin, Mark (2011): "The legacy of lethargy: How elections to the European Parliament depress turnout". In: *Electoral Studies* 1/2011. S. 67-76.

IGF (2012): *Erhebungen zum Interesse an Politik in Salzburg*. Salzburg.

Kaase, Max (1981): "Politische Beteiligung und politische Ungleichheit". In: Albertin, Lothar/Link, Werner (Hrsg.): *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland*. Düsseldorf. S. 363-377.

Landesstatistik Salzburg (2011): *Daten zur Wahlbeteiligung und Gemeindestruktur*. Salzburg. Übermittelt am 16.9. 2011.

Merkel, Wolfgang/Petring, Alexander (2011): *Demokratie Deutschland 2011*. Ein Report an die Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

Milbrath, Lester (1971): *Political Participation. How and why do people get involved in politics?* 5<sup>th</sup> printing. Chicago.

Neu, Viola (2012): "Dann bleib ich mal weg". *Der Mythos von der "Partei" der Nichtwähler*. Berlin.

Remmer, Karen L. (2010): "Political Scale and Electoral Turnout: Evidence From the Less Industrialized World". In: *Comparative Political Studies* 43/2010. S. 275-301.

Schäfer, Armin (2010): "Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa". In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaften* 4/2010. S. 131-156.

Stadt Salzburg, Stadtarchiv und Statistik (2012): *Salzburg in Zahlen*. Salzburg. Daten abgerufen am 29.8.2012.

Verba, Sidney/Nie, Norman/Kim Jae-On (1978): *Participation and Political Equality*. Cambridge.

Verba, Sidney/Schlozman, Kay/Brady, Henry (1995): Voice and Equality. Civic Vol-  
untarism in American Politics. Cambridge, London.